

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 22. September 2020

Am 22. September 2020 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 und der Wiederaufbaufonds, die Vorbereitung der Tagung des außerordentlichen Europäischen Rates am 24./25. September 2020¹, die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, die legislative Programmplanung, die EU-Koordinierung im Zusammenhang mit COVID-19, die Rechtsstaatlichkeit in Polen sowie die Werte der Union in Ungarn.

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027 und Aufbaupaket

Der deutsche Ratsvorsitz verwies auf die laufenden Gespräche mit dem Europäischen Parlament.

Vorbereitung des außerordentlichen Europäischen Rates

Der deutsche Ratsvorsitz erläuterte die Themenbereiche des außerordentlichen Europäischen Rates am 24./25. September (nunmehr verschoben auf 1./2. Oktober). Zum Thema Binnenmarkt betonte Österreich die Wichtigkeit der Debatte der Staats- und Regierungschefs zur Stärkung des europäischen Wirtschaftsstandortes. Nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs im Juli auf die Finanzmittel zur Sicherstellung einer nachhaltigen Erholung sei es nun wesentlich, die richtigen Rahmenbedingungen für die europäische Wirtschaft zu schaffen. Dies mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz zu erhöhen.

¹ Am 22. September 2020 gab der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, die Verschiebung des außerordentlichen Europäischen Rates auf 1./ 2. Oktober 2020 bekannt.

Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

EU-Chefverhandler Michel Barnier erläuterte den Stand der Verhandlungen und betonte die Wichtigkeit, Wichtig sei es nun, ruhig fortzusetzen.

Legislative Programmplanung

Die Europäische Kommission stellte ihre Vorhaben für das kommende Jahr vor und informierte über die weiteren Schritte im Zusammenhang mit der legislativen Programmplanung.

COVID-19 – EU-Koordinierung

Der deutsche Ratsvorsitz verwies auf die unterschiedliche epidemiologische Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten. Der Rat solle über einen koordinierten Ansatz beraten, insbesondere über jene Bereiche, in denen eine Einigung möglich sei.

Rechtsstaatlichkeit in Polen

Kommissar Didier Reynders berichtete über den Sachstand des Artikel-7-Verfahrens zur Rechtsstaatlichkeit in Polen und erläuterte die jüngsten Entwicklungen. Der deutsche Ratsvorsitz hielt fest, dass sich der Rat weiterhin mit dem Verfahren beschäftigen werde.

Werte der Union in Ungarn

Die Vizepräsidentin der Kommission, Vera Jourová, berichtete über den Sachstand des Artikel-7-Verfahrens zu den Werten der Union in Ungarn und erläuterte die jüngsten Entwicklungen. Der deutsche Ratsvorsitz hielt fest, dass sich der Rat weiterhin mit dem Verfahren beschäftigen werde.

Sonstiges

Der deutsche Ratsvorsitz berichtete über aktuelle Entwicklungen betreffend die Konferenz zur Zukunft Europas. Derzeit werde an einer gemeinsamen Erklärung der drei Institutionen gearbeitet. Ziel sei, mit der Konferenz noch in diesem Jahr zu beginnen.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

11. Dezember 2020

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin